

Zusammen mehr als eine Region –
für einen sozialen, ökologischen und digitalen Aufbruch.



SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Koalitionsvertrag 2021-2026
für die Region Hannover

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands
und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in der Region Hannover**

**Koalitionsvereinbarung
für die Wahlperiode 2021 bis 2026**

Präambel

Die Region Hannover ist ein bundesweit einmaliges Modell, um das Leben in 21 Städten und Gemeinden gemeinschaftlich zu organisieren und zu gestalten. Sie kümmert sich um den öffentlichen Personennahverkehr und die Abfallentsorgung, aber auch um Sozialhilfe, Berufsbildende Schulen und kommunale Krankenhäuser. Auch Umwelt, Wohnen, Regionalplanung und Naherholung, Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung und das Gesundheitsamt gehören zu den vielfältigen Aufgaben der Region Hannover.

Mit diesem Koalitionsvertrag stellen wir uns der Verantwortung für die Weiterentwicklung der Region Hannover und machen aus ihr eine Vorbild-Region mit Beispielcharakter.

Eine Region, die Menschen auf dem Land und in der Stadt gleichermaßen im Blick hat.
Eine Region, die Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft gibt und die Klimaschutz umsetzt, damit nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben. Gemeinsam wollen wir die Voraussetzungen für eine klimaneutrale Region bis 2035 schaffen. Dabei bedeutet eine intelligente Klimapolitik für uns auch gleichzeitig eine faire und gerechte Sozialpolitik.

Wir sind eine Region der Gemeinschaft und wollen, dass sich Schule, Bildung, Kultur und Sport an sozialen, inklusiven, gendergerechten und ökologischen Kriterien orientiert, um Diskriminierung und Ausgrenzung zu verhindern. Deswegen sorgen wir auch für einen barrierefreien Zugang zu Informationen und Leistungen.

Mit unserem anspruchsvollen Zukunftsprogramm wollen wir die Verkehrswende schnellstmöglich umsetzen und den Ausbau regenerativer Energieträger auf kommunaler Ebene massiv beschleunigen.

Das gleiche gilt für unseren erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Mit nachhaltigen und zukunftsorientierten Wirtschaftsmodellen bringen wir nicht nur kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) und Start-Ups nach vorn. Wir unterstützen unsere Schlüsselbranchen bei ihrer Weiterentwicklung – auch in Hinblick auf Fachkräfte und gut bezahlte Arbeitsplätze.

Die Region Hannover muss jetzt und in den kommenden Jahren wichtige Zukunftsinvestitionen tätigen. Das Klinikum Region Hannover und die Berufsschulen müssen erhalten und modernisiert werden und die klimaneutrale Region mit unserem öffentlichen Nahverkehr müssen finanziert werden. So setzen wir trotz dieser Herausforderungen auf eine kluge Konsolidierung des Regionshaushalts und eine nachhaltige Regionsentwicklung, dabei unterstützen wir weiter die regionsangehörigen Kommunen und sorgen für fairen Ausgleich.

Soziales, Wohnungswesen und Gesundheit

Die Corona-Pandemie hat die Gesellschaft und das Gesundheitssystem sehr gefordert. Häufig hat sie leider auch zur Verschärfung sozialer Problemlagen beigetragen. Die kommunale Daseinsvorsorge in den Bereichen Soziales, Wohnungswesen & Gesundheit der Region Hannover kann hier als wichtiges Korrektiv angesehen werden, das benachteiligten und erkrankten Menschen in ihren schwierigen individuellen Lebenssituationen weiterhilft. Aus diesem Grund wollen wir uns gemeinsam:

1. für eine Weiterentwicklung der vielfältigen sozialen Dienstleistungen, 2. für mehr bezahlbaren Wohnraum zur Entspannung des Wohnungsmarktes und 3. für den Erhalt sowie eine Verbesserung der dezentralen öffentlichen Gesundheitsversorgung in der Region Hannover einsetzen.

Die Region Hannover hat zusammen mit vielen sozialen Trägern bereits ein ausdifferenziertes soziales Hilfs- und Beratungsnetzwerk über den Fachbereich Soziales aufgebaut, an dem wir festhalten und wir stetig weiterentwickeln wollen. Dabei geht es uns vor allem darum, benachteiligten Menschen mehr Inklusion zu ermöglichen und Menschen in schwierigen bzw. prekären Lebenslagen weiterzuhelfen. In diesem Sinne werden wir: a) eine Strategie entwickeln, um Armut zu bekämpfen und die soziale Sicherung auszubauen, b) das Hilffssystem für Wohnungslose verbessern und c) für ein selbstbestimmtes Leben im Alter und für Menschen mit Behinderung eintreten!

Aufgrund der positiven Einwohner*innenentwicklung, der gestiegenen Vielfalt an Wohnungsbedarfen und vielen anderen Faktoren besteht in der Region Hannover ein akuter Wohnungsmangel. Wie auch in anderen Ballungszentren ist damit ein signifikanter Anstieg der Mietpreise verbunden. Ein besonderer Bedarf ist im Sektor des bezahlbaren Wohnraums zu erkennen, auf den insbesondere Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen angewiesen sind. Aus diesem Grund wollen wir gemeinsam mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen. Bei der Entwicklung und dem Bau neuer Wohngebiete ist uns ökologische und soziale Nachhaltigkeit besonders wichtig. So sollen Neubaugebiete möglichst klimaverträglich entstehen und die Baukonzepte sollen gute Nachbarschaft und gemeinschaftliche Wohnprojekte ermöglichen. Dazu gehört auch, dass wir dabei den Flächenverbrauch so gering wie möglich halten und uns an dem Wohnraumversorgungskonzept des Regionalen Raumordnungsprogrammes ausrichten.

Was die Regionskrankenhäuser betrifft, setzen wir darauf, dass diese in kommunaler Hand bleiben und nicht privatisiert werden, um den sehr unterschiedlichen Versorgungsbedarfen in der Region Rechnung zu tragen. Die Corona-Pandemie hat die Stärken und Schwächen unseres Gesundheitssystems offenbart. Eines ist uns für die Region dabei ganz wichtig: Wir wollen uns für eine Digitalisierung und Modernisierung des Gesundheitsamtes einsetzen. In Zukunft müssen der öffentliche Gesundheitsdienst und das Gesundheitsamt bei uns in der Region bedarfsgerecht ausgebaut und auch mit Blick auf digitale Angebote modernisiert werden, um sowohl in der Krise handlungsfähig zu sein, als auch im Normalbetrieb effizient zu arbeiten.

Weitere inhaltliche Schwerpunkte beim Thema Gesundheit sehen wir in der Verbesserung der Notfallversorgung, der Weiterentwicklung der hervorragenden Arbeit der Hebammenzentrale und der Sicherung der medizinischen Versorgung von Menschen ohne Krankenversicherung.

Für eine gute Geburtshilfe

Wir unterstützen Familien von Anfang an. Dazu gehören nicht nur passender Wohnraum und berufliche Perspektiven, sondern auch die Frage nach praktischer Hilfe bereits vor der Geburt. Gebärende haben ein grundlegendes Menschenrecht, die Umstände frei zu wählen, in denen sie ihr Kind zur Welt bringen. Die Frau allein entscheidet über den Geburtsprozess. Ärzt*innen, Hebammen und andere informieren sie, klären auf, beraten und unterstützen.

Wir setzen auf eine zukunftsfähige Krankenhauslandschaft in unserer Region

Für uns ist eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Gesundheitsversorgung eine zentrale Aufgabe, um in der Region Hannover gut und gesund leben zu können – egal in welchem Alter und in welcher Lebensphase. Dazu gehört für uns auch eine verlässliche Gesundheitsinfrastruktur, die die öffentliche Hand als Daseinsvorsorge vorhält und fördert.

Wir stehen weiterhin dazu, das Klinikum Region Hannover (KRH) als Gesundheitsversorger in kommunaler Trägerschaft zu halten und schließen eine Privatisierung aus. Die Qualität der gut erreichbaren Versorgung fördern wir weiter und stehen zum eingeschlagenen Weg der lokalen Spezialisierung. Das bedeutet auch, dass wir investieren müssen. Gleichwohl erwarten wir, dass das Land seinen gesetzlichen Verpflichtungen nachkommt und 100% der Investitionen trägt.

Die gute Bilanz des KRH vor Ausbruch der Pandemie wurde durch die Umsetzung der Medizinstrategie 2020 erreicht. Dies ist für uns der Grund, eine Neuauflage zu beauftragen und sie zu einer Medizinstrategie 2030 weiterzuentwickeln. Dabei muss die Corona-Phase gesondert betrachtet und die Nach-Coronazeit in den Blick genommen werden. So wollen wir auf die medizinischen Herausforderungen der Zukunft kluge Antworten erarbeiten und das KRH weiterhin flexibel und erfolgreich ausrichten.

Wir setzen im Gesundheitsbereich auf eine enge Prozessbegleitung. Dazu gehören die Profilbildung einzelner Häuser, die Ausstattung, wie z.B. Bettenplanung oder Digitalisierung, und die Fachkräfteförderung. Auch Kooperationen mit Ärzten und z.B. zwischen dem KRH und der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH) wollen wir weiter ausbauen.

Familie, Kinder und Jugend

Familien, Kinder und Jugendliche werden von den Folgen der Corona-Pandemie am härtesten getroffen. Aus diesem Grund wollen wir Kindern und Jugendlichen ermöglichen, dass sie zumindest einen Teil der verpassten Erfahrungen nachholen können. Hierzu gehört für uns der Ausbau des Freizeitangebots und die Ermöglichung einer unkomplizierten Teilnahme an Jugendfreizeiten. So werden auch die Familien, insbesondere die Alleinerziehenden, entlastet.

Wichtig ist uns auch, dass wir Kinder und Jugendliche in Zukunft besser an sie betreffenden Entscheidungsprozessen beteiligen. Wir müssen Wege finden, durch ernsthaft gemeinte Einbindung Interesse an der Mitgestaltung unserer Gesellschaft zu wecken und bereits vorhandene Strukturen zu stützen. Jugendbeteiligung ist somit nicht nur ein Instrument des Informationsaustausches, sondern auch ein wichtiges Instrument, um Politikverdrossenheit entgegenzuwirken und einen generationsübergreifenden Konsens zu fördern, durch den letzten Endes gemeinnütziges, bürgerschaftliches Engagement gefördert werden kann. In der letzten Wahlperiode haben wir hierzu bereits einstimmig ein Konzept verabschiedet, das die Eckpunkte dieser künftigen Beteiligung

beschreibt. Unsere Aufgabe in den kommenden Jahren ist es nun, diesen Prozess weiter eng zu begleiten und dafür zu sorgen, dass die Jugendbeteiligung der Region Hannover zu einem Erfolg wird.

Unser dritter Schwerpunkt liegt in dem weiteren Ausbau der Kindertageseinrichtungen in der Region Hannover. Diesen wollen wir sowohl qualitativ als auch quantitativ weiter ausbauen. Neben der Schaffung neuer Plätze, um den Rechtsanspruch zu erfüllen und die Vereinbarung von Familie und Beruf zu ermöglichen, gehört für uns auch der qualitative Ausbau, etwa durch eine konsequente, bedarfsgerechte Sprachförderung in Kitas. Unser Ziel ist es, dass am Ende der Kindergartenzeit jede und jeder die gleichen Startbedingungen hat und gut in den nächsten Lebensabschnitt starten kann.

Daseinsfürsorge bedeutet für uns auch, für diejenigen da zu sein, die sich nicht selbst schützen oder helfen können. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, werden wir weiterhin eng mit allen Akteur*innen der Region Hannover im Bereich des Kinderschutzes zusammenarbeiten. Unsere Schwerpunkte liegen hier im Bereich der Prävention und der Aufklärung, damit der Kinderschutz von vornherein gesichert werden kann.

Klimaschutz

Kaum ein Thema steht zurzeit so sehr im Vordergrund wie der Klimaschutz – und das ist auch gut so, denn die zukünftigen Generationen sind darauf angewiesen, dass wir das 1,5 Grad-Limit des Pariser Abkommens einhalten. Deshalb möchten wir die Klimaneutralität in der Region Hannover bis spätestens 2035 erreichen. Unsere Arbeitsgrundlage ist das CO₂-Budget bezogen auf die Region Hannover. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2021 schreibt vor, dass sich das Tempo der CO₂-Reduktion deutlich beschleunigen muss.

Wir wollen einen massiven Ausbau regenerativer Energieträger auf kommunaler Ebene organisieren. Dafür sind wir in Zukunft auch auf eine unterstützende Gesetzgebung vom Bund angewiesen. Die Potenziale von Solarkraft und Windkraft für die Energiewende sind riesig – wir wollen diese in Zukunft stärker für die Region Hannover nutzbar machen! Wir wollen eine Solarkraft-Offensive starten. Dabei hat die Region mit der Förderrichtlinie Dach & Solar ein sehr erfolgreiches Förderinstrument für den privaten Gebäudesektor geschaffen. Wir wollen diese Förderung fortsetzen und den Photovoltaikausbau im öffentlichen und privaten Gebäudesektor und auf dafür geeigneten Freiflächen deutlich intensivieren. Beginnen möchten wir dabei wegen ihrer Vorbildfunktion mit den regionseigenen (Schul-)Gebäuden.

Der Windkraftanlagenbau ist in der Region aus verschiedenen Gründen ins Stocken geraten. Wir wollen den Hebel wieder umlegen. Durch das Repowering alter Anlagen und den Flächenausbau für Windkraftanlagen kann uns das im Dialog mit den Bürger*innen gelingen. Zur Akzeptanzsteigerung wollen wir dabei helfen, Beteiligungsmodelle zu realisieren, durch welche die umliegenden Kommunen wirtschaftlich von den Windkraftanlagen profitieren.

Ein besonders wichtiger Baustein für den Klimaschutz ist die Wärmewende. Wir benötigen ein regionsweites Wärmekataster, um eine dezentrale Wärmeversorgung zu erreichen. Dabei kommen unterschiedlichen Formen der Wärmergewinnung, wie der Geothermie, dem Einsatz von Wärmepumpen und der Nutzung von Abwärme aus Industrie und Gewerbe, eine zentrale Bedeutung zu. Um über die Wintermonate abgesichert zu sein, brauchen wir ebenfalls regionsweit Wärmespeicher.

Eine zentrale Rolle beim Thema Energiesparen spielt für uns die gute Arbeit der Klimaschutzagentur. Wir werden ihre Beratungsleistungen für Privathaushalte, KMU, Handwerksbetriebe, Wohnungsunternehmen und Kommunen verstärken. Dies bedeutet auch eine Aufstockung der Mittel im Haushalt. Die Klimaschutzagentur übernimmt eine wichtige Rolle bei dem Ausbau der Gebäudeeffizienzstrategie. Durch Kampagnen und begleitende Beratung soll sie dazu beitragen, dass eine jährliche Sanierungsquote von 2-3% im Altbaubestand erreicht werden kann.

Wir wollen den Aufbau einer grünen Wasserstoffindustrie in der Region, um einerseits die Klimaneutralität zu erreichen und andererseits die Arbeitsplätze der Zukunft bei uns ansiedeln zu können. Dazu zählen auch Maßnahmen zur Nutzung der Abwärme und des anfallenden Sauerstoffs, insbesondere im gewerblichen und industriellen Bereich.

Da intakte Moorlandschaften und Wälder natürliche CO₂-Speicher sind, setzen wir beim Klimaschutz auf die Entwicklung und Umsetzung einer Moor- und Waldstrategie. Dabei sollen Moorflächen angekauft und wiedervernässt sowie Wälder aufgeforstet und erweitert werden. Wir wollen außerdem vorhandene Torfabbau-Genehmigungen aufkaufen, mit dem klaren Ziel den Torfabbau zu stoppen. Dies würde nicht nur das Klima schonen, sondern auch einen nachhaltigen Beitrag zu mehr Artenvielfalt und zur Aufwertung bestimmter Naherholungsgebiete in der Region leisten. Eine gute Basis zur Finanzierung hierfür wurde z.B. bereits mit dem Klima-in-Not-Programm gelegt.

Eine verantwortungsvolle Klimaschutzpolitik behält auch die Klimafolgenanpassung im Blick. Es besteht in der Region bereits ein Klimafolgenanpassungskonzept (KLAK) und eine entsprechende Förderrichtlinie „Kommunale Klimafolgenanpassung“, welche die Kommunen dabei unterstützt, Konzepte und Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung zu erstellen.

Wir möchten die Klimafolgenanpassung in der Region fortsetzen und weiterentwickeln. Wir setzen uns für ein nachhaltiges und vorausschauendes Wassermanagement ein. Darin inkludiert ist ein vorsorgendes Hochwasserschutzkonzept, das sowohl extreme Starkregenereignisse wie auch langanhaltende Niederschlagswetterlagen umfasst und entsprechende Vorkehrungen für den Katastrophenfall weiterentwickelt. Dieses Hochwasserschutzkonzept ist insbesondere mit den 21 regionsangehörigen Städten und Gemeinden zu entwickeln.

Ebenfalls begegnet werden muss den häufiger vorkommenden und länger andauernden Hitzeperioden durch die Klimaerwärmung. Wir setzen uns deshalb für einen Hitzeaktionsplan für die Region ein, der Aspekte insbesondere des Städtebaus, der Grundwasserneubildung, der Frischluftschneisen, der Wasserflächen und der Bäume als Schattenspende in den Blick nimmt.

Umweltschutz

Die biologische Vielfalt zwischen den Arten und die Vielfalt der Ökosysteme bildet die existenzielle Grundlage für menschliches Leben und für die Möglichkeit wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entfaltung. Diese Vielfalt ist gefährdet. Alleine in Deutschland sind über 70 Prozent der Lebensräume bedroht. Weltweit werden zwei Drittel aller Ökosysteme und zahlreiche Tier- und Pflanzenarten als gefährdet eingestuft. Es bedarf daher verstärkte Anstrengungen aller Akteure auf verschiedenen Ebenen, um den Erhalt der biologischen Vielfalt sicherzustellen.

Wir wollen uns vor diesem Hintergrund dafür einsetzen, dass die Region an dem Insektenbündnis Hannover teilnimmt und ein Bündnis für biologische Vielfalt auf Ebene der Region Hannover gegründet wird, um auf kommunaler Ebene Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt zu verstetigen. Das Bündnis für biologische Vielfalt setzt auf Regionsebene die Ziele des „Niedersächsischen Weges“ um. In dem Bündnis sollen alle Akteure des Natur- und Umweltschutzes wie auch die Landnutzer*innen miteinander verbunden werden. Grundlage zum Bündnisbeitritt soll eine Deklaration für Ziele und Maßnahmen und zum gegenseitigen Unterstützen der Bündnispartner*innen sein. Schützenswerte Lebensräume sollen dabei in einem Biotopverbundsystem vernetzt werden, damit sich Arten von einem in andere Lebensräume ausbreiten können. Hilfreich dafür sind linienhafte und fortlaufende Landschaftselemente, wie z.B. Hecken, Blühstreifen, Baumreihen und natürliche Uferstreifen an Flüssen.

Zudem setzen wir uns dafür ein, dass der Waldanteil in der Region Hannover durch Waldentwicklung erhöht wird, um das Ökosystem Wald als CO₂-Senke und naturnahe Wälder als Hotspot der biologischen Vielfalt zu entwickeln und verlorene Waldflächen zu ersetzen. Bestehende Alleen sollen erhalten, Lücken geschlossen und neu gepflanzt werden.

Um die biologische Vielfalt zu sichern, müssen die zunehmenden Flächenversiegelungen stark reduziert und in Siedlungsbereichen Maßnahmen zur Entsiegelung ergriffen werden. Versiegelte Flächen sollen zudem auf die Möglichkeit überprüft werden, die Versiegelung durch Entsiegelung und Begrünung zu kompensieren.

In der Region Hannover leisten die 41 Naturschutzgebiete und die 71 Landschaftsschutzgebiete einen wichtigen Beitrag zum Schutz der Lebensräume von Tieren und Pflanzen ebenso wie dem Erhalt oder der Wiederherstellung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes und der Nutzbarkeit der Naturgüter. Wir wollen deshalb nicht, dass Landschaftsschutzgebiete als Reserveflächen für Bau- oder Gewerbegebiete genutzt werden. Löschungen oder Teillöschungen können nur in Ausnahmefällen vorgenommen werden. Zudem sind (Teil)-löschungen durch Unterschutzstellung anderer schutzwürdiger Flächen zeitgleich zu kompensieren. Davon kann nur in Ausnahmefällen abgewichen werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Ernährung in regionseigenen Mensen und Kantinen nachhaltig, regional, saisonal sowie fleisch- und verpackungsarm wird. Die Region soll dabei als gutes Vorbild dienen und die Arbeit mit dem Netzwerk Ernährungsrat Hannover weiter vertiefen.

Regionalplanung und Naherholung

Die Regionalplanung der Region Hannover übernimmt eine der wichtigsten Querschnittsaufgaben, die eine erfolgreiche Klimaschutzpolitik und Klimafolgenanpassung sowie eine sozialverträgliche Wohnungspolitik überhaupt erst möglich macht. Wollen wir in der Wahlperiode 2021 bis 2026 unsere sozialen und ökologischen Nachhaltigkeitsziele erreichen, brauchen wir eine darauf abgestimmte und harmonisierte Planung und Raumordnung.

Das Regionale Raumordnungsprogramm aus dem Jahre 2016 wird zwar stetig an verschiedene Änderungen und Entwicklungen angepasst. Wir wollen aber mehr und bekennen uns zu einem neuen Leitbild für das Regionale Raumordnungsprogramm, das die Aspekte des Klimaschutzes, der Klimafolgenanpassung und der Schaffung von sozial verträglichem Wohnraum als wesentliche Leitaussagen sieht.

Dazu gehört unserer Ansicht nach auch, eine veränderte und besser miteinander verzahnte Arbeitsweise der Fachbereiche Umwelt- und Klimaschutz, Soziales sowie Planung und Raumordnung.

Die Region Hannover ist deswegen so lebenswert, da sie abwechslungsreiche Naturräume und Naherholungsgebiete bietet. Um diese Vielfalt erlebbar zu machen, setzen wir uns für die Erarbeitung und Umsetzung von Naturerholungskonzepten mit Naturbildungsangeboten ein. Zudem wollen wir uns, wie z.B. im Naturpark Steinhuder Meer, für den Ausbau eines sanften, nachhaltigen und gemeinwohlorientierten Tourismus einsetzen. Damit einher geht für uns auch die Stärkung des Radwander- und Fahrradtourismus durch den Ausbau der Wegenetze. Wir bekennen uns zum Erhalt und der Weiterentwicklung des Zoos Hannover, der als überregionale Attraktion jährlich viele Besucher*innen in und außerhalb der Region anlockt.

Wir wollen uns weiter für einen Interessenausgleich zwischen Freizeitnutzer*innen und Mountainbikefahrer*innen im Deister einsetzen. Zudem wollen wir die Gartenregion fortsetzen und Leuchtturmprojekte, wie das Naturfreundehaus in Lehrte, weiterhin unterstützen.

Mobilität

Ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr und eine moderne Fahrradinfrastruktur sind Grundpfeiler einer intakten kommunalen Daseinsfürsorge, wie auch zentrale Voraussetzung für das Erreichen der Klimaneutralität. Denn auch der Verkehrssektor muss einen Beitrag zum Erreichen des Klimaschutzes und der Klimaneutralität leisten.

Eine der großen Herausforderungen dieser Wahlperiode ist es, Mobilität als zentralen Bestandteil der Daseinsvorsorge zu begreifen. Wir setzen uns dafür ein, Mobilität für alle Menschen – unabhängig von ihrem Alter oder dem Besitz eines Führerscheins – zu sichern. Unnötige Verkehrsströme werden durch intelligente Konzepte vermieden, wo es möglich ist. Wir wollen den Menschen der Region Hannover eine attraktive und alltagstaugliche Alternative zur Nutzung des eigenen PKWs bieten. Das gilt für das Leben in der Stadt genauso wie für das Leben auf dem Land.

Auf lange Sicht streben wir dabei an, den Anteil des Umweltverbundes im Verkehrsmix der Region Hannover auf 75% zu erhöhen. In diesem Kontext bekennen wir uns zu den Verkehrsunternehmen regiobus und ÜSTRA und stehen klar zu dem Ziel des ÖPNV in öffentlicher Hand im Sinne der Nachhaltigkeit, Steuerungsmöglichkeit und Servicequalität. Hier setzen wir uns für gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sowie faire und tarifgemäße Löhne für alle, von der Reinigungsfachkraft bis zur Führungsebene, ein. Wir stehen für einen engen Austausch mit den Arbeitnehmervertreter*innen der Unternehmen regiobus und ÜSTRA. Nur so können wir die Verkehrswende vorantreiben.

Erstens sind wir davon überzeugt, dass Menschen nur dann auf den ÖPNV umsteigen, wenn sie attraktive, eng getaktete und sichere Verbindungen ohne viele Umstiege in Anspruch nehmen können. Wir wollen deshalb das ÖPNV-Netz weiter verbessern, neue Verbindungen schaffen, zusätzliche Schienenkilometer bauen und die Takte verdichten.

Zur Verkehrswende gehört für uns zweitens auch ein Ausbau der Fahrradinfrastruktur: Das Fahrrad ist das klimaverträglichste aller Fortbewegungsmittel. Gleichzeitig haben gut ausgebaute Fahrradwege auch einen enormen sozialen Wert, da sie es jedem Menschen mit Fahrrad erlauben, autonom und kostenlos auch weite Strecken zurückzulegen.

Eine gute und gerechte Preisgestaltung ist für uns die dritte Säule einer gelungenen Verkehrswende. Alle Menschen der Region müssen sich den ÖPNV leisten können und auch die Preise müssen zum Umsteigen motivieren. Dies ist für uns eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Viertens sind wir der Meinung, dass der ÖPNV konsequent digitalisiert werden muss, um ihn zukunftsfest zu machen. Hierzu gehört für uns sowohl eine Weiterentwicklung der GVH-App, wie auch eine Vernetzung der bestehenden Angebote untereinander.

Baustein der Mobilitätswende: das 365-Euro-Ticket im Abo

Mit dem 365-Euro-Ticket wagen wir einen weiteren offensiven Schritt in Richtung Mobilitätswende und werden dafür ein tragfähiges Finanzierungs- und Umsetzungskonzept bei der Regionsverwaltung in Auftrag geben. Das Angebot soll die jetzt schon großen Anstrengungen bei Verkehr und Mobilitätswende (z.B. OnDemand) ergänzen. Gerade für Pendler*innen ist das Ticket eine kostengünstige Alternative zum Auto und somit auch ein Beitrag zum Klimaschutz. Damit wir davon noch mehr Menschen überzeugen, setzen wir gleichzeitig – in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen – auf eine Attraktivitätssteigerung des ÖPNV. Um zu erfahren, wie uns dieses Angebot weiter als moderne Region stärkt, wird das 365-Euro-Ticket wissenschaftlich begleitet und nach drei Jahren evaluiert.

Gleichstellung

Für Gleichstellung und gleichberechtigte Teilhabe

Geschlechtergerechte Politik will den Lebenslagen von Frauen, Männern sowie Trans- und Intersexuellen und damit der Vielfalt des Lebens Rechnung tragen. Wir betrachten Geschlechterpolitik als große Querschnittsaufgabe: Geschlechtergerechtigkeit muss Grundlage aller Anstrengungen in allen Politikfeldern sein. Noch immer tragen Frauen die Hauptlast, wenn sie Beruf und Familie vereinbaren wollen. Viele von Armut Betroffene sind alleinerziehende Frauen. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel unserer Politik.

Unser Kampf gegen die Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Wir wollen, dass Frauen und Kinder sicher vor Gewalt sind. Die Umsetzung der Istanbul-Konvention hat für uns deshalb höchste Priorität. Die Arbeit an einem flächendeckenden Versorgungsangebot von Frauenberatungsstellen bei Gewalt, Krisen und Notlagen in der Region Hannover setzen wir fort. Wir fördern außerdem weiterhin die Beratungs- und Interventionsstellen (BISS) gegen häusliche Gewalt in der Region Hannover und sorgen für eine bessere Vernetzung von Frauen- und Kinderschutz.

Wir setzen uns seit Jahren für präventive Gesundheitsvorsorge bei Frauen und Mädchen ein, deshalb unterstützen wir auch weiterhin das Frauen- und Mädchengesundheitszentrum FMGZ. Den besonderen Beratungsbedarf für geflüchtete Frauen und Mädchen sowie weitere Zielgruppen werden wir weiter im Blick haben und ausbauen.

Mehr Akzeptanz für queere Lebensentwürfe - Für Vielfalt und gegen Diskriminierung

Wir fördern Verständnis und Respekt. Die gesellschaftliche Akzeptanz von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender wird weiterhin erklärtes Ziel unserer Gleichstellungspolitik sein. Wir werden deshalb Beratungsstellen für schwule Männer und Jungen, lesbische Frauen und Mädchen sowie bisexuelle Menschen und Transgender unterstützen. Gleiches gilt für entsprechende Projekte, die Diskriminierung abbauen. Gerade mit der intensiven Aufklärungsarbeit an Schulen wollen wir Ausgrenzung und Entwürdigung entgegenwirken.

Frauen und Wirtschaft / Existenzsicherung

Wir bringen Frauen in Beruf und Wirtschaft weiter. Der noch nicht eingelöste Grundsatz „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“ bleibt unser Ziel.

Verwaltung

Wir werden kontinuierlich den Gleichstellungsgedanken in der Regionsverwaltung weiter verankern, zum Beispiel durch das „Gender-Budgeting“, also die Anwendung des Gender Mainstreamings beim Aufstellen des Regionshaushalts und mit der Durchführung eines Gleichstellungscontrollings. Wir bekennen uns zu hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten in den Kommunen der Region Hannover und begrüßen die Zusammenarbeit mit dem Team Gleichstellung der Region. Die notwendigen Ressourcen für eine professionelle Gleichstellungsarbeit werden wir bereitstellen.

Frauen in Politik und Ehrenamt stärken

Wir wollen, dass Frauen in der Region Hannover auch im ehrenamtlichen Bereich sichtbar werden. Für den Vorsitz der Regionsversammlung schlagen wir eine Frau vor. Auch bei Aufsichts- und Verwaltungsräten aller regionseigenen Unternehmen streben wir eine paritätische Besetzung an. Familie, Beruf und Ehrenamt müssen sich – zum Beispiel in der Politik – besser vereinbaren lassen. Deshalb werden wir uns verstärkt für alternative Arbeitszeitmodelle und flexiblere Betreuungsformen in der Region Hannover einsetzen. Auch die Sitzungskultur und -form soll unter Vereinbarkeitsgesichtspunkten betrachtet werden. Wir fordern, dass bei Bedarf eine Kinderbetreuung während der Sitzungen der Regionsversammlung angeboten wird und dafür geeignete Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden.

Integration

Die Gesellschaft der Region Hannover ist bunt und vielfältig und lebt von einem wertschätzenden Miteinander von allen – unabhängig von Herkunft, Religion oder sexueller Orientierung. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Vielfalt auch in den Gremien und in der Verwaltung der Region Hannover gelebt und als Leitprinzip verankert wird.

Wir engagieren uns aktiv gegen jegliche Form von Rassismus, Antisemitismus und andere Arten der Diskriminierung – auch in intersektionaler Gestalt – in der Verwaltung und den Gremien selbst, aber auch im Umgang der Mitarbeiter*innen der Verwaltung mit den Bürger*innen. Dafür wollen wir auf Regionsebene eine zivilgesellschaftliche Dokumentations- und Beratungsstelle (Antidiskriminierungsstelle) einrichten, damit Betroffene Vorfälle von Rassismus melden können, Hilfsangebote vermittelt werden können und dauerhafte parteiliche Prozessbegleitung bereitsteht.

Wir unterstützen die Schaffung nachhaltiger Strukturen zur Integration. Wir wollen bestehende Netzwerke der Migrant*innen-Selbstorganisationen (MiSOs), von Vereinen und Verbänden beim Ausbau unterstützen sowie die eigenen Organisationen der Migrant*innen-Jugend fördern und hier Gründungen begleiten.

Für die in den Umlandkommunen lebenden Langzeitgeduldeten wollen wir eine langfristige Bleibeperspektive in ihrer neuen Heimat hier in der Region Hannover ermöglichen.

Inklusion

Die gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) ist uns ein besonderes Anliegen. Wir werden deshalb insbesondere das Thema Barrierefreiheit in den Blick nehmen und die Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen stärken.

Mit dem Aktionsplan Inklusive Region Hannover haben wir bereits viele Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen erreicht. Noch offene Ziele werden wir weiterverfolgen. Um die Ziele der UN-BRK auch innerhalb der Regionsverwaltung und der Beteiligungsgesellschaften zu erreichen, streben wir eine Neuauflage des Aktionsplans an, der klare Zielvorgaben im Sinne einer integrierten Konzernsteuerung definiert. Dabei setzen wir auch auf die Expertise der Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und das Regionsforum von Menschen mit Behinderungen.

Die Region Hannover soll auch für Menschen mit Behinderungen eine attraktive Arbeitgeberin sein. Wir wollen deshalb weitere inklusive Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen und mehr Menschen mit Behinderungen dafür gewinnen, das Budget für Arbeit zu nutzen.

Den barrierefreien Ausbau werden wir vor allem in den Liegenschaften der Region und im ÖPNV vorantreiben. Die Inklusion an den berufsbildenden Schulen werden wir mit praktikablen Maßnahmen umsetzen und aktiv leben. Den Bau barrierearmer und barrierefreier Wohnungen werden wir gezielt fördern.

Wirtschaft und Beschäftigung

Nicht nur wegen Corona, sondern auch wegen der anstehenden sozial-ökologischen Transformation steht die Wirtschaft in der Region Hannover in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor großen Herausforderungen. Wir sind eine Wachstumsregion und Gewinner des demografischen Wandels. Das wollen und werden wir auch in Zukunft bleiben. Deshalb setzen uns dafür ein, Unternehmen vor Ort anzusiedeln und zu stützen. Denn nur, wenn wir Betriebe, KMU und Start-Ups mit nachhaltigen und zukunftsorientierten Wirtschaftsmodellen und dem Ziel Energie- und Materialkreisläufe zu schließen vor Ort ansiedeln und halten können, sind wir den Herausforderungen unserer Zeit gewachsen. Dazu gehören auch gute und faire Arbeitsbedingungen sowie primär sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir in der nun beginnenden Wahlperiode sechs Schwerpunkte im Bereich Wirtschaft und Beschäftigung:

Einen ersten Schwerpunkt sehen wir in dem Ausbau und der Förderung umweltfreundlicher Technologie und der Ansiedlung entsprechender Unternehmen in der Region Hannover. Langfristig wollen wir etwa den Aufbau einer regionalen Wasserstoffwirtschaft.

Zweitens werden wir den Ausbau des Messestandorts und der Tourismusregion Hannover vorantreiben. An der Veranstaltungs- und Tourismusbranche hängen insgesamt um die 300.000

Arbeitskräfte in der Region Hannover. Die Arbeitnehmer*innen zählen darauf, dass sie auch in Zukunft einen sicheren Job haben und die Unternehmer*innen brauchen unsere Unterstützung, um ihre Unternehmen am Markt zu halten.

Neben der Unterstützung dieser Schlüsselbranche wissen wir aber auch, dass wir die Ansiedlung neuer und die Weiterentwicklung bestehender Unternehmen in unserer Region unterstützen müssen, damit unsere Region langfristig lebenswert bleibt. Unser dritter Schwerpunkt liegt deshalb in der Gründungsförderung kleiner und mittelständischer Unternehmen (KMU) und Start-Ups sowie der Unterstützung von bestehenden KMU.

Weiterhin haben wir mit dem Technologiecluster Garbsen/Marienwerder ein Leuchtturmprojekt, in dem an vielen zukunftsrelevanten Technologien, wie etwa der Robotik, geforscht wird und Ausgründungen aus dem Wissenschaftskontext vorbereitet werden. Als vierten Punkt werden wir deshalb den Ausbau des Forschungscampus Garbsen vorantreiben. Weiterhin ist uns bewusst, dass eine Wirtschaft nicht ohne gut ausgebildete Arbeitnehmer*innen funktioniert.

Als fünften Punkt setzen wir in den nächsten Jahren deshalb einen Schwerpunkt auf eine Fachkräfteinitiative für soziale Berufe, das Handwerk und MINT.

Wir werden den Bildungsbeirat der Region Hannover zu einem breiten Bündnis für Ausbildungen gemeinsam mit den regionalen Unternehmen ausweiten. In Kooperation mit dem Bund wollen wir so eine Ausbildungsplatzgarantie und die Schaffung einer kommunalen Übernahmegarantie für Auszubildende entwickeln.

Digitalisierung

Digitalstrategie 21/26: Digitale Infrastruktur modernisieren und ausbauen.

Eine gute digitale Infrastruktur ist für uns sowohl Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge als auch notwendige Voraussetzung, um als Wirtschaftsstandort im Wettbewerb mithalten zu können – sie ist damit ein wichtiger Baustein auf dem Weg zur Nr.-1-Region. Dies betrifft gleichermaßen die Dienstleistungen für die Bürger*innen, die Prozesse in der Regionsverwaltung sowie die Unterstützung der Umlandkommunen und des Ehrenamtes. Wir stellen damit bei unserer Betrachtung von Digitalisierungsprozessen als Querschnittsthema immer den Nutzen für die Menschen in den Mittelpunkt.

Keine „weißen Flecken“

Um die Beseitigung der „weißen Flecken“ bei der Netzversorgung weiter voranzubringen, setzen wir uns innerhalb unseres regionalen Handlungsrahmens für den Ausbau von Breitband-, Glasfaser- und Funknetz ein. So wollen wir durch eine flächendeckende Versorgung mit Highspeed-Internet, dem Ausbau des öffentlichen WLANs und dem Einsatz der Region für 5G-Masten in unseren Kommunen die Region Hannover als attraktiven Standort für Bürger*innen, Tourismus, Wirtschaft, Wissenschaft und Bildungseinrichtungen erhalten.

Digitaler Bürger*innen-Service

Auch Verwaltungen selbst müssen den konkreten Bedürfnissen der Bürger*innen durch zeitgemäße und serviceorientierte Dienstleistungen gerecht werden. Um zum Beispiel bestimmte Antragsverfahren und Termine besser zu organisieren, sollen, neben den analogen, verstärkt digitale

Möglichkeiten eingesetzt werden. Hier gilt es, eine Gesamtstrategie für die ganze Region Hannover in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen zu entwickeln. Die Ebene der Internetauftritte als häufiger Erstkontakt der Bürger*innen ist dabei im Sinne der Region Hannover weiterzuentwickeln.

Schule

Digitalisierung in Schule und Bildung

Positiv ist, dass die Digitalisierung aus dem Digitalpakt und dem Medienentwicklungsplan vorangetrieben wird. Wir werden den Medienentwicklungsplan begleiten und über den Förderzeitraum hinaus zukunftsfest machen.

Schulen und Lernorte

- Ernährung ist ein wichtiger Baustein in der guten Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Wir unterstützen daher die Entwicklung eines Konzeptes für gesundes und regionales Essen an Schulen.
- Wir setzen uns auch für frische und saubere Luft in den Klassenräumen durch moderne Lüftungsanlagen ein.
- Außerschulische Lernorte, wie z. B. unsere Schullandheime, bieten spannende Alternativen zum regulären Schulalltag. Wir wollen diese unbedingt erhalten.
- Kooperationsklassen sind ein wesentliches Element, um Inklusion zu leben und voran zu bringen. Wir setzen uns für Kooperationsklassen in Ganztagschulen ein.
- Wir wollen moderne sanitäre Anlagen in allen regionseigenen Schulen, welche sich am gendergerechten Raumbedarf orientieren.
- Wir stehen hinter dem Konzept von starken Förderschulen und wollen diese zu Ganztagschulen ausbauen. Daher werden wir uns dem Land Niedersachsen gegenüber dafür einsetzen, dass an den Schulen mehr Personal mit entsprechendem Budget eingesetzt wird.
- Wir setzen uns dafür ein, dass die Region Hannover als verantwortliche Schulträgerin dafür sorgt, dass alle notwendigen Rahmenbedingungen für die Beschulung der Kinder in den Förderschulen fortlaufend verbessert werden.
- Eine zentrale Anlaufstelle für alle Fragen der pädagogischen Beratung und Unterstützung der inklusiven Schulen brauchen wir auch in der Region Hannover – daher setzen wir uns für ein regionales Beratungs- und Unterstützungszentrum (RZI) in der Region Hannover ein.

Berufsbildende Schulen

Wir investieren weiterhin in unsere Berufsschulen. Ausbildung braucht eine moderne, zeitgemäße, zukunftsfähige und vor allem bedarfsgerechte Infrastruktur. Wir werden die bestehenden Investitions- und Förderprogramme dafür in Anspruch nehmen.

Kultur

Kultur muss für alle zugänglich sein – daher wollen wir mehr Teilhabemöglichkeiten auf den Weg bringen, um neue Zielgruppen anzusprechen. Wir wollen die Jugendkulturarbeit in den Kommunen unterstützen. Dazu gehört auch, dass Jugendlichen ein Ausgleich für den kulturell verloren gegangenen Corona-Sommer angeboten wird. Daher planen wir für 2023 einen JugendKulturSommer, anstatt des regulären KulturSommers. Unser bisheriges Engagement in der Kulturförderung setzen wir fort.

Gemeinsam setzen wir uns aktiv gegen Rechtsextremismus ein und unterstützen eine lebendige Erinnerungskultur. Die Gedenkstätte Ahlem wird auch weiterhin von uns finanziell und personell unterstützt, um ihre Arbeit als herausragenden und zentralen Lernort durchführen zu können. Wir unterstützen auch die Kooperationspartner*innen im Netzwerk der Erinnerungskultur, um nachhaltig gegen rechtsextremes Gedankengut vorgehen zu können.

Äquivalent zum e.coSport-Programm wollen wir ein Programm zur energetischen Sanierung von Kultureinrichtungen auflegen „e.coKultur“. Wir setzen auf neue und innovative Ideen zur Kulturförderung und unterstützen Maßnahmen in der Region Hannover zum Aufbau von „Kultur-Hotspots“, wie z.B. Atelier- und Projektraumförderung / Kultur-Pop-Ups / Zwischennutzung von Leerstand.

Sport

Bedingt durch die Covid-19 Pandemie konnten regionsweit keine oder kaum Schwimmkurse stattfinden. Unser Ziel in den nächsten Jahren ist es, den Nichtschwimmer*innen-Anteil zu verringern. Wir werden deshalb den Kommunen in dieser Aufgabe hilfreich zur Seite stehen. Wir wollen, dass der Vereinssport und der Individualsport einen wichtigen Platz in der Region Hannover einnimmt. Daher wollen wir die Kommunikation mit den Aktiven ausbauen und gemeinsam zukunftsfähige Ideen entwickeln. Wir unterstützen auch weiterhin den Regionssportbund und gehen in den regelmäßigen Austausch.

Ehrenamt

Ehrenamtliche finden sich in allen gesellschaftlichen Bereichen. Ohne Ehrenamt funktioniert unsere Gesellschaft nicht. Wir möchten, dass Besitzer*innen von Ehrenamtskarten Angebote der Region Hannover oder von deren Beteiligungen vergünstigt nutzen dürfen. Unsere Gesellschaft lebt von der Unterstützung und Hilfe vieler Ehrenamtlicher. Deshalb unterstützen wir den Ehrenamtspreis.

Abfallwirtschaft

Wir bekennen uns zur kommunalen Abfallentsorgung und sprechen uns gegen eine Privatisierung der Abfallentsorgung im Sinne der Nachhaltigkeit, Steuerungsmöglichkeit und Servicequalität aus. Weiterhin bekennen wir uns zum Zweckverband Abfallwirtschaft Hannover (aha).

Grundsätzlich stellen wir fest, dass sich die Abfallwirtschaft seit Jahren in ständigem Umbruch befindet. Die Strategie der Müllvermeidung verbunden mit Vorgaben der Ökologie und des Klimaschutzes bedingen diesen Wandel, an den ein moderner Abfallwirtschaftsbetrieb angepasst werden muss. Um diesen Wandel zu meistern, wurde bei aha ein Prozess gestartet, der zum Ziel hat, unter Beachtung der Ökologie und des Klimaschutzes die Leistungsfähigkeit und die Wirtschaftlichkeit des Betriebes zu steigern. Dabei muss die Entsorgung von Müll und Wertstoffen für die Bürgerinnen und Bürger der Region auch bezahlbar bleiben.

Zu den großen Zukunftsaufgaben, die wir in den nächsten Jahren angehen müssen, gehört die Reduzierung der anfallenden Abfallmengen und die Verbesserung von Stoffkreisläufen. Aus diesem Grund wollen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten auf eine Verbesserung der Stoffkreisläufe innerhalb der Region hinwirken – Recycling, Upcycling sowie Cradle-to-Cradle-Produkte müssen dabei stärker in den Fokus rücken. Auch wollen wir eine ganzheitliche und die ganze Region umfassende Marketingkampagne ins Leben rufen, die sich dem Thema der Abfallvermeidung annimmt. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Umstellung auf die Tonne, da Plastiksäcke der Umwelt schaden. Wir setzen uns dafür ein, die Entsorgung von Abfällen und Wertstoffen so schnell wie möglich schrittweise auf Tonnenabfuhr umzustellen.

Schlussendlich werden wir uns damit beschäftigen, wie die Abfallwirtschaft in der Region Hannover im Sinne des Klimaschutzes – etwa durch die Installation von Solarpanelen auf (ehemaligen) Deponien, Maßnahmen zur Produktion von Wasserstoff oder die Anschaffung wasserstoffbetriebener Fahrzeuge – weiterentwickelt werden kann.

Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten

Rettung in (fast) allen Lebenslagen – unsere Feuerwehren und Rettungskräfte sind rund um die Uhr für uns da: bei Großbrandlagen, bei der Gefahrenabwehr, bei Unfall-Einsätzen bis zum Hochwasserschutz. Zudem leisten sie wertvolle Nachwuchsarbeit und sind deshalb auch ein wichtiger Baustein im Bereich Jugendarbeit. Die Arbeit unserer Jugendfeuerwehren ist wertvoll und zudem sehr erfolgreich.

Das Rettungswesen muss sich steigenden Anforderungen anpassen. Das erfordert oftmals neue Technik, eine Anpassung der Gebäude und eine gute Ausstattung für das Personal. Dem wollen wir Folge leisten und die Kommunen bei dieser verantwortungsvollen Aufgabe, soweit erforderlich, unterstützen.

Wir haben gemeinsam das Ziel, dass die Feuerwehrtechnische Zentrale (FTZ) Ronnenberg bis spätestens 2026 in Betrieb genommen wird. Wir begleiten den Entwicklungsstand zur FTZ Ronnenberg eng und lassen uns in jeder Sitzung des Ausschusses für Feuerschutz, Rettungswesen und allgemeine Ordnungsangelegenheiten die aktuelle Situation darlegen.

Wir erwarten, dass innerhalb der nächsten zwei Jahre ein Feuerwehrbedarfsplan der feuerwehrtechnischen Zentralen der Region Hannover erstellt wird.

Wir setzen uns für Parität ein – auch im Feuerschutz. Daher wollen wir mehr Frauen in den Freiwilligen Feuerwehren der Kommunen und in der Regionsfeuerwehr – vor allem in den Führungsebenen. Wir unterstützen die FFW und die RFW dabei ein Konzept zu erarbeiten und umzusetzen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wir setzen uns für die Jugendförderung ein und unterstützen die Jugendfeuerwehr mit einem jährlichen Budget zur freien Verfügung, durch das Anschaffungen und Veranstaltungen ermöglicht werden.

Eine qualitativ hochwertige und motivierende Ausbildung im Feuerschutzwesen ist wichtig. Deshalb werden wir die Rahmenbedingungen der Ausbildung in den FTZen verbessern. Das Raumangebot sowie die Infrastruktur hinsichtlich Ausstattung der neu entstehenden FTZ Ronnenberg muss so ausgerichtet und aufgebaut sein, dass sie eine umfassende, zeitgemäße Ausbildung gewährleisten kann und zum Vorbild in der Region Hannover wird.

Der Katastrophenschutz ist ein wichtiges Thema und wird zunehmend in unserem Alltag präsenter. Wir setzen uns in dieser Periode für den Erhalt und Ausbau des Katastrophenschutzes ein und sorgen dafür, dass der Bedarf gedeckt ist.

Wir wollen eine Verbesserung der Notfallversorgung erreichen, indem wir die „Gemeindenotfallsanitäter*innen“ einführen und „Mobile Retter*innen“ einsetzen. Beide Projekte sind in der vergangenen Wahlperiode angestoßen und wegen Corona zunächst zurückgestellt worden. Wir wollen, dass der Prozess wiederaufgenommen wird.

Gute Haushaltsführung in schwierigen Zeiten

Dank der guten Konjunktur in den Jahren vor der Pandemie und den damit verbundenen Steuereinnahmen konnte die Region in den vergangenen Jahren kontinuierlich Schulden abbauen. Ein weiterer Grund für den Rückgang der Schulden ist aber auch in der soliden Haushaltspolitik der letzten Jahre zu sehen. Die Corona-Pandemie führte und führt zu einem Rückgang der Einnahmen, genaue Prognosen sind derzeit schwierig.

Die Steuereinnahmen der regionsangehörigen Kommunen haben noch nicht wieder die alte Höhe erreicht, dies hat Einfluss auf die Höhe der Regionsumlage, eine der wichtigsten Einnahmequellen der Region Hannover. Insgesamt gehen die derzeitigen Berechnungen davon aus, dass die Regionkommunen und die Region Hannover Defizite im Umfang eines dreistelligen Millionenbetrages bewerkstelligen müssen. Gleichzeitig steigen die Ausgaben. Die Region Hannover muss in den kommenden Jahren wichtige Investitionen tätigen. Das Klinikum Region Hannover, die klimaneutrale Region, der ÖPNV und die Berufsschulen seien hier als Beispiele genannt.

Wir haben die Bundesebene aufgefordert mit einem zweiten Rettungsschirm dafür Sorge zu tragen, dass die kommunale Ebene ihre Aufgaben auch in Zukunft erfüllen kann. Dieser Rettungsschirm ist bislang abgelehnt worden.

Daher muss die Region jetzt einen besonderen Blick auf ihre Finanzen haben, um die bisherigen Erfolge in der Konsolidierung nicht aufs Spiel zu setzen. Aus unserer Sicht bedeutet dies eine strikte Haushaltsführung, die auf Ausgabenkritik, Digitalisierung, Prioritätensetzung und Einnahmensteigerungen setzt. Trotz der zu erwartenden schwierigen Situation der Regionsfinanzen in den nächsten Jahren sollte das vorrangige Ziel sein, mittelfristig wieder ausgeglichene Haushalte aufzustellen und zugleich Investitionen in die Zukunft vorzunehmen. Wir setzen deshalb weiter auf eine kluge Konsolidierung des Regionshaushalts und eine nachhaltige Regionsentwicklung. Dazu gehört aus unserer Sicht, dass wir gerade bei den freiwilligen Leistungen nicht sparen, sondern dass die Region Hannover eine verlässliche Partnerin für Angebote und Beratungsstellen, für unsere Vereine und das Ehrenamt bleibt.

In den vergangenen Jahren konnten Kredite zurückgezahlt, aber die Investitionen hochgefahren werden. So wollen wir es auch künftig halten. Das schließt aber nicht aus, dass jetzt in Zeiten der Krise der Investitionsbedarf durch maßvolle Neukreditaufnahmen gegenfinanziert werden muss.

Wir unterstützen weiter die regionsangehörige Kommunen und sorgen für einen fairen Ausgleich. In den letzten Jahren hat die Region die Kommunen bei der Erledigung ihrer Aufgaben zum Beispiel beim Wohnungs- und Kita-Bau unterstützt. Auch einen regionalen Ausgleichsmechanismus durch z.B. direkte regionale Zuweisungen an besonders finanzschwache Regionskommunen und klare Verabredungen der Haushaltskonsolidierung werden wir unterstützen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass die Region Hannover ihre Städte und Gemeinden bei Infrastrukturinvestitionen durch den Ausbau der Kreditvermittlung und mit Förderprogrammen, soweit finanziell darstellbar, unterstützt.

Hannover, den 11.2021

Claudia Schüßler, MdL

Vorsitzende SPD-UB Region Hannover

Anne Dalig / Dr. Henning Krause

Vorsitzende BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Regionsverband Hannover

Silke Gardlo

Vorsitzende SPD Regionsfraktion

Evrin Camuz / Sinja Münzberg

Vorsitzende Regionsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN